

aufgebracht habe. Der Zeuge Wildenhain gab jährliche Zuwendungen an die DKP in Höhe von 50 bis 60 Mio. DM und an die SEW in Höhe von 12 bis 15 Mio. DM an, die aus seinem Bereich nach bestätigten Jahresplänen an die beiden Parteien flossen. Zusätzliche Finanztransfers aus anderen Quellen mochte er nicht ausschließen. Der Zeuge Ahrend gab an, daß nach seinem Kenntnisstand die Beitragsmoral der DKP-Mitglieder außerordentlich zu wünschen übrig ließ und daher in Wirklichkeit als minimal und weit unterhalb der offiziellen Angaben der Partei einzuschätzen sei. Danach wäre der Anteil der Fremdfinanzierung am Gesamtetat der DKP auf über 95% anzusetzen gewesen bei einem geschätzten Etatvolumen von ca. 80 Mio. DM.

Betrachtet man im Gegensatz zu dieser Quellenlage die tatsächliche Auskunftskraft der bislang im Bundesarchiv zugänglichen Materialien, so läßt sich deren Aussagebereich folgendermaßen eingrenzen:

Die im ZK-Sekretariat beschlossenen Gesamtfinanzpläne der SED geben zwar summarisch die Aufwendungen für die Westarbeit an, jedoch nur in Mark der DDR, und d.h. für jene Teile, die als Personal- oder in der DDR erbrachte Sachaufwendungen dort ausgabewirksam wurden. Sämtliche Transfers, und das wären die im Rahmen dieser Expertise interessanten Informationen gewesen, sind in einer solchen Bilanzierung nicht erfaßt, sondern wurden getrennt und in der Regel verdeckt abgewickelt.

Der Vergleich der Aussagekraft dieser wenigen Angaben belegt, daß die entscheidenden Quellen bislang alle außerhalb des bis dato gesichteten Quellenbestandes im ehem. SED-Parteiarchiv zu lokalisieren gewesen sind. Hinweise darauf, daß aufgrund ungesichteter Materialien hier eine dramatische Trendwende zu erwarten wäre, haben sich bisher nicht ergeben.

9. Empfehlung: Aus den genannten Gründen wäre es ratsam, zu einem späteren Zeitpunkt in einer gesonderten Expertise die bis dahin disparat angefallenen Erkenntnisse über das Finanzwesen der SED im Verhältnis zur DKP zusammenzuführen und dabei insbesondere die folgenden, z.T. bereits erwähnten Quellen heranzuziehen:

1. Teilberichte des 1. Untersuchungsausschusses
2. Auskünfte der Unabhängigen Kommission Vermögen der Parteien und Massenorganisationen und der Treuhandanstalt
3. Auskünfte des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit
4. Die beim PDS-Vorstand gelagerten KPD- und DKP-Archivalien

*Schlußbemerkung*

Als Resümee dieser notwendig nur sehr skizzenhaften gutachterlichen Darlegungen läßt sich formulieren, daß für den Gegenstandsbereich DKP eine dramatische Verbesserung der Quellenlage festzustellen ist, die dringend Anlaß zu weiteren Recherchen und Forschungen bieten sollte. Dabei geht es nicht nur darum, die Intentionen und zeitgeschichtlichen Funktionsumstände dieses politischen Interventionsapparates auf dem Territorium des – aus SED-Sicht – westdeutschen Konkurrenzstaates zu verstehen. Soll das völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten mehr sein als eine taktisch instrumentalisierbare Floskel, dann ermöglichen derartige Untersuchungen Beiträge zu einer Reflexion über die zulässige Bandbreite der Gegnerbeeinflussung und über Grundsätze der politischen Kultur in einer demokratischen Gesellschaft. Die Mitgliederzahlen der DKP mögen aufs Ganze betrachtet unbedeutend geblieben sein. Für die politikwissenschaftliche Extremismusforschung ist es allemal von Bedeutung, bewußt zu machen, wie es extremistischen Organisationen gelingt, bei ihren Mitgliedern eine Immunsierung hinsichtlich der Einhaltung demokratischer Spielregeln durchzusetzen und trotzallem Berührungängste Außenstehender ihnen gegenüber abzubauen.

10. Empfehlung: Aus denselben genannten Gründen wäre daher auch dringend zu empfehlen, eine Expertise zu denselben Untersuchungsfeldern für den SED-Ableger in West-Berlin, die SEW in Auftrag zu geben.

Der Auftrag dieses Gutachtens war auf die Themenfelder Parteigründung und Vertragspolitik sowie zentrale Anleitung und Finanzierung eingegrenzt worden. Es sollte jedoch nicht verabsäumt werden, auf weitere Untersuchungsfelder hinzuweisen, für die die bis jetzt vorgenommene Materialsichtung ebenfalls eine deutliche Verbesserung der Quellenlage ergeben würde:

- Bündnis- und Wahlbündnispolitik
- Jugendarbeit
- Studentenarbeit
- Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
- Presse- und Publikationswesen
- Good-will-Propaganda für die DDR vor allem im Bereich des Kulturbetriebs
- DKP als Reisebüro für westdeutsche Besuchsdelegationen
- Instrumentalisierung des bundesdeutschen Hochschulausbildungs- und Prüfungswesens